

DIE ZEIT: Herr Scholz, nun gibt es ein deutsch-französisches Konzept für den Wiederaufbau der EU. Reicht das, um Europa wieder nach vorn zu bringen? **Olaf Scholz:** Zuallererst ist es ein ganz wichtiges Signal, dass Deutschland und Frankreich sich einig sind. Die Europäische Union steht vor der größten Bewährungsprobe ihrer Geschichte, und es ist gut, wenn Europa seiner Verantwortung gerecht wird und Solidarität zeigt. Es geht aus meiner Sicht aber nicht allein um Finanzhilfen, so wichtig sie sind, es geht um viel mehr. Der britische Premier Winston Churchill hat einmal gesagt: *Never let a good crisis go to waste*. Wir sollten diese Krise nutzen, um die EU fortzuentwickeln.

ZEIT: Was sollen wir uns darunter vorstellen?

Scholz: Meine Vorstellung ist, dass Europa stärker zu einer Union zusammenwächst. Wer über gemeinsame europäische Ausgaben spricht, wie wir sie gerade diskutieren, sollte sich auch Gedanken über echte eigene Einnahmen machen. Dafür bietet sich zum Beispiel eine einheitliche Besteuerung von Finanztransaktionen an oder Einnahmen aus einem europaweiten Emissionshandel für Luftverkehr und Seeverkehr.

ZEIT: Jetzt sollen 500 Milliarden Euro bereitgestellt werden, die USA geben deutlich mehr aus.

Scholz: Wir brauchen uns wahrlich nicht zu verstecken. Zusätzlich zu diesen 500 Milliarden haben die EU-Finanzminister bereits 500 Milliarden Euro an Krediten beschlossen – insgesamt sprechen wir also von 1000 Milliarden Euro, das ist schon eine enorme Summe. Und da sind die umfangreichen nationalen Hilfsprogramme nicht mal berücksichtigt.

ZEIT: Das Geld soll sich die EU über Kredite besorgen. Das ist ungewöhnlich. Kritiker fürchten: Da werden dauerhaft neue Schulden aufgetürmt.

Scholz: Die Sorge ist unbegründet, denn diese Kredite müssen im Rahmen des EU-Haushalts über einen längeren Zeitraum, etwa von 20 Jahren, abbezahlt werden. Ich denke aber, im Zuge einer tieferen Integration der EU sollte eine zeitweilige Aufnahme von Schulden auf europäischer Ebene kein Tabu sein. Für eine solche Fiskalreform gibt es historische Vorbilder: Der erste US-Finanzminister Alexander Hamilton bündelte im Jahr 1790 auf Ebene des Zentralstaats die Kompetenzen, gemeinsame Einnahmen zu erzielen, und eine eigenständige Verschuldungsfähigkeit.

ZEIT: Hamilton hat damals die Schulden der Bundesstaaten übernommen und dafür mehr Zuständigkeiten erhalten. Das galt als wichtiger Schritt bei der Herausbildung der Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer heutigen Form. Schweben Ihnen die Vereinigten Staaten von Europa vor?

Scholz: Die SPD tritt seit 1925 dafür ein. Mir geht es aber weniger um solche Begrifflichkeiten. Uns allen wird in dieser Lage doch sehr deutlich, dass wir nicht alles in der EU so lassen können, wie es gerade ist. Von

»Jemand muss vorangehen«

Vizekanzler Olaf Scholz will Europa umbauen – und denkt dabei an die Vereinigten Staaten von Amerika



Auf den Spuren von Alexander Hamilton: Olaf Scholz nimmt sich den ersten Finanzminister der USA zum Vorbild

dieser Krise könnte ein Impuls ausgehen, dass Europa noch stärker zusammenwächst. In der Welt des 21. Jahrhunderts können wir nur gemeinsam bestehen, und eine stärker integrierte Finanzpolitik könnte ein wichtiger Schritt auf diesem Weg sein.

ZEIT: In Richtung einer *ever closer union*, einer immer engeren Union, wie es in den Verträgen steht?

Scholz: Ich spreche von einer *more perfect union*, einer immer besseren Union. Es soll besser werden, und zwar für die Europäische Union als Ganzes und für jeden einzelnen der 27 Mitgliedsstaaten.

ZEIT: Die Formulierung kommt in der Präambel der US-Verfassung vor. Wollen Sie, dass der Nationalstaat in einem europäischen Staat aufgeht?

Scholz: Europa wird auf längere Sicht ein Europa der einzelnen Staaten bleiben, mit ihren unterschiedlichen Traditionen, Sprachen und Kulturen. Was uns aber eint, sind die Grundsätze der liberalen Demokratie, des Rechtsstaats, der sozialen Marktwirtschaft. Mir geht es um die Souveränität Europas. In der Welt der Zukunft werden die USA, China, aber auch Staaten wie Indien, Russland und Brasilien um Macht und Einfluss ringen. Wenn wir Europäerinnen und Europäer unser Schicksal selbst bestimmen wollen, müssen wir unsere Kräfte bündeln.

ZEIT: Wie könnte das konkret aussehen?

Scholz: Denkbar wäre etwa, die Entwicklungszusammenarbeit vollständig auf die EU-Ebene zu verlagern – wieso folgen wir noch immer einzelnen nationalen Vorlieben? Die EU-Staaten sind weltweit der größte Geber in der Entwicklungsfinanzierung, mit diesem Pfund können wir wuchern.

ZEIT: Die Frage ist: Haben die europäischen Länder nicht ganz unterschiedliche Interessen?

Scholz: Demokratie bedeutet, dass man von unterschiedlichen Standpunkten aus gemeinsame Lösungen entwickelt – was für jeden einzelnen Staat gilt, gilt auch für die EU als Ganzes. Wir sollten uns von der Annahme lösen, dass man in Europa nur zu Fortschritten gelangt, wenn der Heilige Geist über uns kommt und wir plötzlich alle mit derselben Meinung aufwachen. Das ist realitätsfremd. Jemand muss vorangehen – und für seine Ideen werben.

ZEIT: Es gibt aber immer Staaten, die blockieren, weil sie von niedrigen Steuern profitieren. Oder weil sie Gelder wollen, aber keine Ausgabenkontrollen.

Scholz: Wie Sie wissen, werbe ich schon länger für einheitliche Standards in der Steuerpolitik und engagiere mich stark dafür, zumindest europaweit die Mindestbesteuerung von Unternehmen durchzusetzen. Und seit Längerem plädiere ich dafür, auch in Steuerfragen verstärkt das Mehrheitsprinzip anzuwenden in der EU, bislang können wir die Beschlüsse nur einstimmig fassen. Wenn aber alle die EU als Gewinn sehen, kommen wir in diesen Fragen voran.

ZEIT: Ist Ihr Vorstoß abgestimmt mit der Union, oder ist das eine Olaf-Scholz-Solomonummer?

Scholz: Frau Merkel und ich haben in den vergangenen Wochen intensiv mit den europäischen Partnern diskutiert. Und wir haben uns bemüht, einen deutsch-französischen Vorschlag auf den Weg zu bringen. Daran erkennen Sie, wie eng wir uns innerhalb der Regierung abstimmen. Natürlich blicken wir aber aus unterschiedlichen politischen Positionen auf die Welt und entwickeln mitunter unterschiedliche Ideen darüber, wie es mit Europa weitergehen sollte. Die aktuelle Situation versetzt uns in die Lage, etwas zu verändern. Mein Plädoyer: Lasst uns zusammen diese Chance ergreifen.

ZEIT: So wie bei den Hilfen für die Kommunen? Die Union sagt, da seien Sie unabgestimmt vorgeprescht.

Scholz: Nun ja, über die Initiative zur Altschuldenentlastung spreche ich mit den Ländern schon seit mehr als einem Jahr. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation vieler Städte und Gemeinden massiv verschärft, und es trifft angesichts wegbrechender Einnahmen bei der Gewerbesteuer auch Kommunen, die bislang finanziell besser ausgestattet waren. Es ist jetzt der richtige Moment, ein breites Bündnis dafür zu schaffen und dieses Problem ein für alle Mal zu lösen. Wenn wir Milliarden ausgeben, um einzelne Wirtschaftszweige oder Industrien zu sichern, wäre es fatal, die Kommunen im Stich zu lassen. Denn ein großer Teil der staatlichen Investitionen wird von den Kommunen getätigt; und vielen brechen gerade die Einnahmen weg. Wenn wir nicht helfen, müssen die Kämmerer noch im Sommer Kürzungen beschließen – da geht es um Schwimmbäder, Busse, Kita-Plätze, um Straßen und Wohnungen. Das bekommen die Bürgerinnen und Bürger dann ganz unmittelbar zu spüren.

ZEIT: Warum soll sich der Bund einmischen? Die Kommunen können sich doch selbst helfen.

Scholz: Eine ganze Reihe von Kommunen sind so hoch verschuldet, dass sie keine neuen Schulden mehr stemmen können, anderen brechen die Einnahmen gerade weg. Deshalb würde jedes Konjunkturprogramm verpuffen, wenn die Kommunen zum Sparen gezwungen werden. Das wäre nicht klug.

ZEIT: Es gab Milliarden für Unternehmen, für die Kommunen, jetzt für Europa. Wo liegt die Grenze?

Scholz: Die Frage ist berechtigt, denn natürlich müssen wir sehr sorgfältig mit unserem Geld umgehen. Bei den Summen kann einem schon mal schummrig werden. Die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und unser niedriger Schuldenstand versetzen uns aber in die gute Lage, in dieser Krise das Notwendige tun zu können – und das tun wir.

Die Fragen stellten Peter Dausend und Mark Schieritz

ANZEIGE

Deutschland startet durch

Das #vwfüreuch-Paket

für alle Modelle und attraktive Leasingraten, z. B. für den up! ab 99,- €¹

Das #vwfüreuch-Paket ab 9,99 €²:

- ✓ Mehr Sicherheit bei Job-Verlust³
- ✓ Wartung & Inspektion⁴
- ✓ Garantieverlängerung⁵

zusätzlich:

- ✓ Hol- und Bring-Service sowie kontaktlose Übergabe
- ✓ Gilt für Neuwagen und Jahreswagen von Volkswagen



¹ Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Str. 57, 38112 Braunschweig, Bonität vorausgesetzt. Leasingbeispiel für einen Volkswagen up! 1.0 44 kW (60 PS) 5-Gang als Neuwagen, Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 5,3/außerorts 3,8/kombiniert 4,4; CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 100; Effizienzklasse: B, Nettodarlehensbetrag (Anschaffungspreis) 10.626,22 €, Sonderzahlung 0,00 €, Sollzinssatz (gebunden) p.a. 2,49 %, effektiver Jahreszins 2,49 %, Laufzeit 48 Monate, jährliche Fahrleistung 10.000 km, Gesamtbetrag 4.752,00 €, 48 mtl. Leasingraten à 99,00 €. Es besteht ein Widerrufsrecht für Verbraucher. Nur solange der Vorrat reicht und nur bei teilnehmenden Volkswagen Partnern. ² Monatliche Rate in Verbindung mit ausgewählten Volkswagen Pkw Neuwagen bei 48 Monaten Laufzeit und Volkswagen Pkw Jahreswagen bei 36 Monaten Laufzeit, max. 10.000 km Fahrleistung pro Jahr. Höhere Fahrleistungen und Laufzeiten (bei Jahreswagen) sind mit entsprechendem Aufschlag möglich. Gültig bis zum 31.07.2020 für Privatkunden beim teilnehmenden Händler. ³ Ein Angebot im Rahmen des beitragsfreien Ratenschutzes bei Arbeitslosigkeit. Maßgeblich sind die zugrunde liegenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) der Cardif Allgemeine Versicherung Stuttgart. ⁴ Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH. Mit dem monatlichen Beitrag sind die Kosten für umfangreiche Wartungs- und Inspektionsarbeiten laut Herstellerangaben inkl. Lohn und Material abgedeckt. ⁵ Bei allen Neuwagen 2 Jahre Herstellergarantie und bis zu max. 3 Jahre Anschlussgarantie durch den Hersteller optional. Für ausgewählte Jahreswagen aus dem Bestand der Volkswagen AG gilt die Garantie bis zum 5. Fahrzeugjahr für bis zu 36 Monate im Anschluss an die 2-jährige Herstellergarantie und – je nach individuellem Fahrzeug – bis zu einer maximalen Gesamtfahrleistung von 100.000 km. Garantiegeber ist die Volkswagen AG, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg. Weitere Voraussetzungen bzw. Beschränkungen der Garantie, insbesondere den Beginn der Garantiefahrzeit, entnehmen Sie bitte den Garantiebedingungen unter volkswagen.de. Änderungen und Irrtümer vorbehalten.